

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 7. OKTOBER 2020



DEBATTE **KLARES BEKENNTNIS ZUR BREMER FLUGSCHULE**

Die Zukunft der European Flight Academy, kurz EFA, war heute das Thema einer Aktuellen Stunde, die die SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt hatte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör betonte in der Debatte die Bedeutung der EFA: „Die Flugschule kann auf eine über 60 Jahre lange Tradition zurückblicken und ist für das Bundesland, die Luft- und Raumfahrtindustrie, aber auch den Flughafen Bremen immens wichtig. Viele Tausend Flugschüler*innen haben hier gelernt und einige ihrer ersten Flugstunden absolviert.“ Daher sei für die SPD-Fraktion klar: Die EFA gehört nach Bremen!

Hintergrund der Debatte waren Berichte darüber, dass der Standort der Bremer Flugschule in Gefahr ist. Für die derzeitigen Schüler*innen gab es bereits schlechte Nachrichten: Ihnen wurde offenbar mitgeteilt, dass sie die Schule verlassen und sich anderweitig umsehen sollen. Der anfänglichen Solidarität ist Wut gewichen – und das Verhältnis zwischen Schülerschaft und der Lufthansa scheint nachhaltig beschä-



Mustafa Güngör

dig. Zuletzt wurde gar öffentlich, dass die Kosten für die Ausbildung nur dann nicht in fünf Jahren in voller Höhe fällig werden, wenn die Flugschüler*innen ihre Ausbildung freiwillig beenden.

Mustafa Güngör übte daran scharfe Kritik und betonte: „Die Schülerinnen und Schüler müssen ihre Ausbildung ohne finanzielles Risiko beenden können!“ Auch stehe die SPD-Fraktion solidarisch an der Seite der 150 Beschäftigten. „Wir kämpfen seit Beginn der Krise um jeden einzelnen Arbeitsplatz in Bremen und tun dies auch für die Mitarbeiter*innen der EFA“, so der Sozialdemokrat weiter. Für ihn steht fest: „Es kann nicht sein, dass ein Konzern,

der in der Krise neun Milliarden Euro Staatshilfen bekommen hat, nun Tarifflicht begehrt.“

Güngör abschließend: „Wir beobachten in der Debatte aber auch Entwicklungen, die uns ein wenig Zuversicht geben.“ Derzeit deute sich an, dass die Bundeswehr den zum Jahresende auslaufenden Ausbildungsvertrag gerne am Bremer Standort der EFA verlängern möchte. Auch zeigte sich Güngör überzeugt, dass sich die internationale Flugbranche erholen werde: „Dann brauchen wir sie wieder: Die Flugschüler*innen der EFA aus Bremen, die seit Jahrzehnten Passagiere weltweit sicher an ihren Zielflughafen bringen.“

DEBATTE **BÜRGERSCHAFT DISKUTIERT TARIFVERHANDLUNGEN**

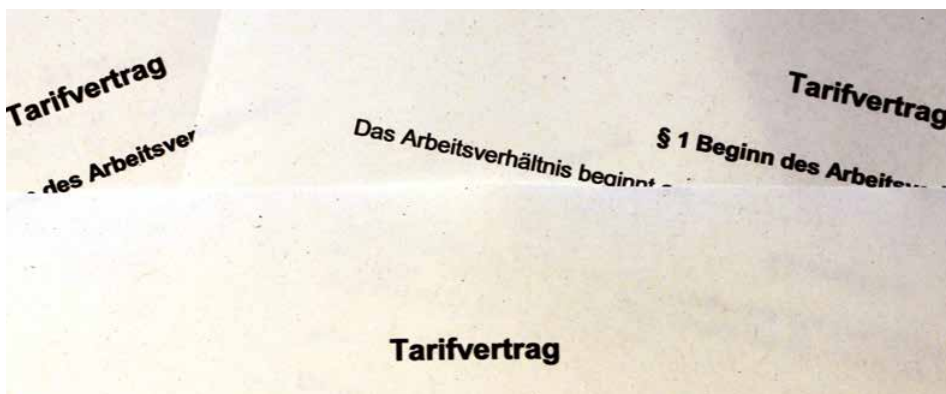
Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen waren heute das Thema einer aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Die SPD-Abgeordnete Sascha Aulepp betonte einerseits, Tarifeinsetzungen, Arbeitskampf und das Ringen um eine gerechte Entlohnung seien ein guter demokratischer Brauch. Angesichts der Corona-Pandemie dämpfte sie aber auch die Erwartungen – und unterstützte zugleich die Forderung nach einer Mindestanhebung, von der die unteren Einkommensgruppen besonders profitieren würden.

Die von den Gewerkschaften geforderte Mindesterhöhung um 150 Euro unterstützte sie voll und ganz, betonte die Sozialdemokratin. Denn: „Es geht nicht an, dass wir selbst im öffentlichen Dienst Tarifverträge abschließen, die es nicht gewährleisten, dass Menschen, die in diesen Lohngruppen über 40 Jahre lang arbeiten, im Alter armutsfrei leben können.“



Sascha Aulepp

Doch gelte dies nicht nur für die öffentlichen Arbeitgeber, es gelte auch für die Privatwirtschaft. „Es hat mich



getroffen, dass rund ein Viertel der 300.000 im Land Bremen Beschäftigten weniger als zwölf Euro in der Stunde verdienen“, sagte Aulepp. „Deshalb gehört auch das in diese Debatte: dass natürlich auch im privatwirtschaftlichen Bereich Anerkennung und Aufwertung Not tut, dass zum Beispiel in der Logistik, in der Lebensmittelbranche und im Einzelhandel systemrelevant und hoch engagiert und belastet gearbeitet wird, und dass natürlich vernünftige Tarifverträge in allen Branchen nötig sind!“

Aulepp ging aber auch auf die Corona-Krise und deren Auswirkungen ein. Die öffentliche Daseinsvorsorge und damit der öffentliche Dienst hätten maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sei. Doch

fürten die Pandemie und deren Folgen auch zu erheblichen Einnahmeverlusten der öffentlichen Hand. „Das hat auch Auswirkungen auf unsere Spielräume, und deshalb gehe ich davon aus, dass es diesmal maßvolle Abschlüsse sein werden, die im öffentlichen Dienst getroffen werden.“

Zum Schluss ihrer Rede betonte Aulepp: „Dass wir in einem Land leben, in dem es Sozialpartnerschaft gibt, in dem es Arbeitskämpfe gibt, in dem Arbeitskämpfe zum guten Recht gehören, in dem Demokratie nicht Halt macht vor dem Wirtschaftsleben – das macht mich stolz. Und das hat viel damit zu tun, dass es hier in Deutschland die Sozialdemokratie seit weit über 150 Jahren gibt.“

ANTRAG **ZEICHEN GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN**

Vor der Bürgerschaft wird in dieser Legislaturperiode jeweils am 25. November eine speziell entworfene Flagge als Zeichen gegen Diskriminierung sowie jegliche Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen wehen. Das hat das Parlament heute beschlossen.

Damit setzen die Abgeordneten ein sichtbares Zeichen zum internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, der in jedem Jahr als weltweiter Aktionstag jeweils am 25. November begangen wird. „Ich freue mich, dass wir nun auch in Bremen ein deutliches Zeichen der Solidarität setzen und deutlich



Gönül Bredehorst

machen: Wir ächten jede Form von Gewalt an Frauen und Mädchen und bieten Betroffenen in Bremen und Bremerhaven Schutz“, sagte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst.

ANTRAG **BREMEN ERHÄLT EINEN LANDESAKTIONSPLAN GEGEN RASSISMUS**

Bremen erhält einen Landesaktionsplan gegen Rassismus. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem sie sich zu einer pluralistischen Gesellschaft bekennt, in der Menschenrechte geachtet werden, und jegliche Form von Rassismus verurteilt. Der Senat wird zudem aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus zu erstellen, in dem unter Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Felder und deren Institutionen die bestehenden Konzepte aller Senatsressorts aufgegriffen und weiterentwickelt werden.

„Rassismus ist ein gesellschaftliches Konstrukt und hat keine wissenschaftliche Grundlage. Deswegen lässt er sich auch nicht mit der Wissenschaft widerlegen“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, in seiner Rede in der Bürgerschaft – und berichtete dann aus eigener Erfahrung. Er habe ein Auslandssemester in Südafrika absolviert, berichtete der Sozialdemokrat, und die Folgen der Apartheid seien auch ein Jahrzehnt nach deren offiziellen Ende im Jahr

1994 noch deutlich zu spüren gewesen. Bis heute seien die Auswirkungen in den Köpfen der Menschen, sagte Lenkeit – und zwar nicht nur in denen der Weißen, auch in den anderen Bevölkerungsgruppen habe sie tiefe Spuren hinterlassen.

„Rassismus überhöht die eigene Gruppe und diskriminiert andere“, sagte Lenkeit. „Deswegen dürfen wir dieses Thema nicht aus dem politischen Fokus verlieren. Wir müssen beim Thema Rassismus als einer Geißel der Menschheit wachsam sein und wachsam bleiben.“

Der heutige Bürgerschaftsbeschluss leiste dazu einen Beitrag, sagte Lenkeit abschließend. „Ein Landesaktionsplan gegen Rassismus ist mit Sicherheit kein Allheilmittel. Aber es ist ein wichtiger Baustein in unserem Kampf gegen den Rassismus.“



Kevin Lenkeit

AKTUELLE STUNDE **DEBATTE ÜBER SEXUALISIERTE GEWALT AN KINDERN**

Im Zuge einer Aktuellen Stunde wurde in der heutigen Landtagssitzung das wichtige Thema der sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen auf die Tagesordnung gesetzt. Anlass war unter anderem ein Empfehlungsschreiben des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, das vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde und eine Reihe an Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Verbrechen nennt.

„Der Missbrauchskomplex von Bergisch-Gladbach zeigt deutlich: Sexueller Missbrauch von Kindern ist keine Randerscheinung“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, während der Debatte. „Vielmehr ist er in allen Schichten der Gesellschaft zu finden.“ Mehr als eine Million Kinder und Jugendliche seien bereits Opfer derartiger Gewalt geworden. Erschreckend seien auch die Fallzahlen: „Allein im Land Bremen gab es von 2018 auf 2019 fast 65% mehr Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern“, so Lenkeit weiter. „Die Zahl der Fälle von Kinderpornographie hat sich fast verdreifacht“. Die Gründe dafür lägen aber eher bei einem besseren Anzeigeverhalten und einer höheren Aufklärungsquote, was aber auch heiße, dass die Dunkelziffer noch immer deutlich höher sei – viel zu hoch.



„Es freut mich, dass Bremen vieles, was der Bundesbeauftragte in seinem Papier empfohlen hat, bereits auf den Weg bringt und gebracht hat“, betonte der SPD-Innenpolitiker. „Wir haben gute Beratungsangebote und konnten mit dem letzten Haushalt die Mittel für diese Angebote sowie für die Cybercrime-Abteilung der Polizei deutlich aufstocken“.

Dennoch bestünde noch Handlungsbedarf, denn das Problem der sexuellen Gewalt an Kindern und Jugendlichen werde durch die Corona-Pandemie noch weiter befeuert. Es fehle der Kontakt zu den sachverständigen

Personen in Schulen oder Kitas, und die Kontaktaufnahme zu Beratungsstellen sei für die Betroffenen oftmals schwer. Zumal seien diese, so Lenkeit, auch sehr ausgelastet. Denn es bestünde nach wie vor kein Rechtsanspruch auf Beratung für betroffene Kinder und Jugendliche, was dafür Sorge, dass die Stellen, die allein aus kommunalen und Landesmitteln finanziert würden, oftmals am Limit arbeiteten. „Für eine sozialrechtliche Verankerung der Beratung von Kindern und Jugendlichen machen wir uns als SPD-Fraktion seit Jahren stark“, so Lenkeit abschließend. „Und wir werden es weiter tun.“

BERICHT **WAHLRECHT FÜR OBdachLOSE STÄRKEN**

Im November 2019 beauftragte die Bürgerschaft den Senat, zu prüfen, wie das Wahlrecht für Obdachlose gestärkt werden kann. Seit Juni liegt der abgeschlossene Prüfauftrag nun vor, heute wurde er im Plenum diskutiert.

„Ich muss sagen, ich hätte mir ein etwas anderes Prüfergebnis gewünscht, aber natürlich respektieren wir das Ergebnis“, sagte Kevin Lenkeit, innenpolitischer

Sprecher der SPD-Fraktion, während seiner Rede in der Bürgerschaft. „Unsere Idee, Obdachlosen zum Beispiel im Café Papagei die Stimmabgabe zu ermöglichen, ist nicht möglich, ebenso wie die Idee einer Stimmabgabe im Tagestreff Frauenzimmer. Dies würde gegen die Grundsätze der Allgemeinheit, der Gleichheit und der Öffentlichkeit der Wahl verstoßen und wäre somit verfassungswidrig“. Im vergangenen Jahr hatte die Bürgerschaft einen Prüfauf-

trag an den Senat formuliert. So sollte beispielsweise evaluiert werden, ob sich Obdachlostentreffs als exklusive Wahllokale eignen würden und ob eine Kampagne in Form einer Plakataktion geeignet sei, um auch Obdachlose zur Wahrnehmung ihres Wahlrechts zu animieren. Denn jede*r Neuwähler*in sei ein Gewinn für die Demokratie, betonte Lenkeit abschließend, schließlich fuße darauf die Legitimation der Koalition und Opposition.